



Oktober 2024

Ergebnisse Zukunftsrat #33

Im Fokus des 33. Zukunftsrats am 20.10.2024 standen u. a. das Baufeld West für den Wohnungsneubau sowie die Fortführung der ZusammenStelle im Jahr 2025.

Baufeld West und Wohnungsneubau durch gemeinwohlorientierte Dritte

Ein Treffen zwischen Senator Christian Gaebler, Staatssekretär Stephan Machulik, Bezirksstadtrat Florian Schmidt führte zu der Überlegung (siehe Kurzprotokoll der 32. ZR-Sitzung), dass das Baufeld West an die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) eingebracht wird und sie die Hälfte in Konzeptverfahren in Erbpacht an Dritte weitergibt. Die Clusterung kann im Portfolioausschuss im November entsprechend erfolgen. Florian Schmidt spricht sich auch dafür aus, ein Konzeptverfahren für das Baufeld Nord-West und die Obentrautstraße 31 durch die WBM durchführen zu lassen. Es werden verschiedene Vorschläge zur Vereinfachung und Beschleunigung des Wohnungsneubaus durch die WBM und/oder Dritte besprochen und geprüft. Es sind weitere Gespräche auch mit SenFin hierzu zu führen.

Geschäftsstelle Zukunftsrat ab 2025

Die Finanzierung der Geschäftsstelle Zukunftsrat (zebralog) als Maßnahme im Städtebauförderungsprogramm „Lebendige Zentren und Quartiere“ läuft zum Ende des Jahres 2024 aus. Nach Abstimmung mit SenStadt und Bezirk werden die Aufgaben der Geschäftsstelle und die Moderation des Zukunftsrats ab Januar 2025 von der Gebietsbeauftragten STERN übernommen.

Weitere Förderung der ZusammenStelle im Jahr 2025

Die Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstruktur ZusammenStelle durch den Bezirk, BIM und WBM läuft zum Ende des Jahres aus. Ziel ist es, eine weitere Zuwendung des Bezirks zur Fortführung für das Jahr 2025 zu erhalten. Dafür müssen die Tätigkeitsschwerpunkte an die aktuellen Bedarfe angepasst und von anderen Unterstützungsstrukturen z. B. der StadtWERKSTATT abgegrenzt werden. Die ZusammenStelle legt ihren Schwerpunkt auf die Pflege von Beziehungen zu den verschiedenen Akteur*innen vor Ort, die Identifikation von Bedürfnissen und Anliegen der



Gemeinschaft sowie die Förderung des Dialogs zwischen Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen.